

nationalen Solidarität erzeugt. Zugleich sei das Projekt als Zeugnis deutscher Kulturleistung propagiert worden, mit dem sich Deutschland von den östlichen Nachbarn abzugrenzen gedachte.

Der Vf. versucht mit seiner Arbeit zwei Anliegen gleichzeitig gerecht zu werden. Zum einen stellt er die sachlichen Ergebnisse seiner umfangreichen Archivrecherchen zusammen und breitet eine bisher so nicht bekannte Informationsfülle über den Wiederaufbau in Ostpreußen aus. Diese stellt eine unverzichtbare Basis für künftige Forschungsvorhaben zu diesem Thema dar, sei es zur Architekturgeschichte oder Stadtplanung einzelner Städte oder aber zu einzelnen Architekten. Zum anderen verfolgt er die stark fokussierte Fragestellung nach der formalen Stilistik des Wiederaufbaus. Man hätte sich jedoch eine bessere konzeptionelle und methodische Verknüpfung beider Ansprüche und eine vorausgehende begriffliche und methodische Klärung des zur Anwendung kommenden Konzeptes von „Stil“ gewünscht. Viele Aspekte des Wiederaufbaus werden somit nur angerissen und harren nun einer weiterführenden Forschung. Die vorliegende Publikation bietet hierfür zahlreiche Anknüpfungspunkte.

Berlin

Katja Bernhardt

Ralf Meindl: Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie. (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 18.) Fibre Verlag, Osnabrück 2007. 575 S., s/w Abb., Ktn. (€ 35,-)

Ralf Meindl hat mit seiner Freiburger Dissertation (bei Bernd Martin) 2006 die erste Biografie des ostpreußischen Gauleiters Erich Koch vorgelegt. Überarbeitet ist sie nun in einer Reihe des Deutschen Historischen Instituts Warschau erschienen. Der Vf. folgt in chronologischer Folge dem Lebensweg Erich Kochs (1896-1986) vom protestantischen Arbeitersohn aus dem Bergischen Land zum nationalsozialistischen Politiker und Massenmörder über dessen politisch wichtigste Stationen. Exemplarisch verdeutlicht M. an Koch den Einfluss der zweiten Funktionsriege hinter den nationalsozialistischen Haupttätern auf die Entwicklung des Regimes. Wenngleich der Vf. ihn als prototypischen Gauleiter darstellt, gelang es Koch im Verlauf seiner zwanzigjährigen NSDAP-Mitgliedschaft, in den Machtstrukturen des Nationalsozialismus eine weitaus mächtigere Stellung zu erreichen als seine Amtskollegen. Zunächst nimmt M. die Geschichte der Provinz Ostpreußen, dann auch die deutsche Besatzungspolitik in Ostmitteleuropa in den Blick.

Nicht zuletzt ihrem Gauleiter Koch verdankte die NSDAP im mythenumrankten „Bollwerk des Deutschtums“ im Osten die reichsweit besten Wahlergebnisse. In Ostpreußen übernahm er 1933 auch das Amt des Oberpräsidenten, und als politischer Oberster und Verwaltungschef der Provinz förderte Koch das Abgleiten des Verfassungsstaats in den nationalsozialistischen „Maßnahmenstaat“. In der Mitte des Jahrzehnts überstand er einen handfesten Konflikt mit der SS, bei dessen Bereinigung Himmler seinen SS-Führer in Königsberg zurückziehen musste. Wiederholt schildert M. detailliert die Rivalitäten im nationalsozialistischen Machtgefüge, bei denen der „Multifunktionär“ (S. 395, 400) Koch eine tragende Rolle spielte.

Um seinen Einfluss im sozioökonomischen Bereich auszuweiten, schuf der neue „Gau-König“ die Erich-Koch-Stiftung, die sich im Zuge des Eroberungs- und Raubkriegs der Wehrmacht einen großen Teil des Besitzes in den annektierten Territorien aneignen sollte. Dem Herrschaftsgebiet Kochs wurde 1939 zunächst das bis dahin litauische Memelland zugeschlagen. Im Herbst folgten der von Polen annektierte Kreis Suwalki und der sog. Regierungsbezirk Zichenau (um die masowische Kleinstadt Ciechanów); Mitte 1941 wurde dann ein gleichfalls neu geschaffener „Bezirk Białystok“ angeschlossen, dessen Einwohner fast ausschließlich Nichtdeutsche (Polen, Weißrussen, Juden und Litauer) waren. Im selben Jahr ernannte Hitler seinen Getreuen zum „Reichskommissar für die Ukraine“, sodass Koch in den quasi-feudalen Strukturen des NS-Imperiums zum Territorialherrn mit

dem ausgedehntesten Machtbereich aufstieg, welcher sich von der Ostsee bis ans Schwarze Meer erstreckte. Daraus folgte seine Mittäterschaft an der Schaffung von „Lebensraum im Osten“ und beim Judenmord. Einer „Antizipation des Führerwillens“ (S. 397) bedurfte es dafür nicht, denn die NS-Propagandisten hatten den Entschluss Hitlers, die Juden in seinem Einflussbereich noch während des Kriegs umzubringen, seit Januar 1939 vielfach wiederholt. Koch setzte dessen Wunsch ohne Skrupel um. Die Quellenlage gestattet es dem Vf. freilich nicht, Kochs persönliche Beteiligung am Judenmord im Einzelfall nachzuzeichnen.

Der sich südlich an Ostpreußen anschließende Bezirk Zichenau sollte unter der Führung zuverlässiger Nationalsozialisten zum „Vorwerk der Provinz“ ausgebaut werden. Als Ergebnis der NS-Bevölkerungspolitik waren die rund 80 000 jüdischen Einwohner, die etwa 10 Prozent der Gesamtzahl ausmachten, wenige Jahre später vertrieben und ermordet.¹ Die polnische Bevölkerung wurde brutal unterdrückt, einige Tausend Personen als potenzielle Träger einer Widerstandsbewegung 1940 von Stand- und Sondergerichten zur Todesstrafe verurteilt und von der SS ermordet. Während die deutschen Behörden den polnischen Landbesitz in dem armen, agrarisch geprägten Landstrich vollständig enteigneten, verschleppten sie junge Menschen zur Zwangsarbeit in das Reichsgebiet. Im Unterschied zum Warthegau² kam es hier nicht zu Massenvertreibungen von Polen in das Generalgouvernement (GG), da sie als Arbeitskräfte gefragt waren.

Im Bezirk Białystok herrschte Koch von August 1941 bis 1944, wobei auch hier zahlreiche Verwaltungsposten mit Fachleuten aus Ostpreußen besetzt wurden. Die anti-jüdische Politik, die mit Massenmorden während der Eroberung begonnen hatte, setzte Koch nahtlos fort. Ihren Abschluss fand sie in der SS-geführten „Aktion Reinhardt“, so dass hier bis Herbst 1943 mindestens 164 000 Personen getötet wurden: Die den „Vernichtungskommandos“ Beihilfe leistende „Zivilverwaltung ermordete die Białystoker Juden quasi auf dem Dienstweg“ (S. 318). Mehrere Zehntausend nichtjüdische Einwohner töteten die Besatzer – vor allem in den letzten Okkupationsjahren – bei der sog. Partisanenbekämpfung.

Erich Kochs fürsorgende Sozialpolitik für die Ostpreußen ging einher mit einer äußerst brutalen Besatzungspolitik, die Hunderttausende Opfer forderte. Sie wurde prägend für sein Bild in der Nachkriegszeit in Polen und in der Ukraine. In Deutschland hielt man ihm enttäuscht vor, er habe das Schicksal der ostpreußischen Bevölkerung, für die er verantwortlich war, in der Endphase des Kriegs leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Rasch in Vergessenheit geriet, dass er von den meisten Ostpreußen unterstützt wurde – und sie auch außerhalb ihrer Heimat für Kochs Politik eintraten. Zum Beispiel der Meister der Gendarmerie Otto Schart: Er stand seit Dezember 1940 „im Osteinsatz“. Im Juli 1943 bat er um seine Versetzung aus Złoczów im Distrikt Galizien des GG an seinen früheren Standort Groß Wersmeningen (seit 1938: Langenfelde) im Kreis Pillekallen (Schlossberg, heute: Dobrowol'sk). Schart begründete dies damit, dass er infolge seiner Teilnahme an Deportationen psychisch erkrankt war: „Anlässlich der letzten Judenaussiedlung in Brody sind meine Nerven so zerrüttet, daß ich des Nachts nicht schlafen kann und dauernd Träume über Judenaussiedlung habe. Im Traum sehe ich Geister, die mich angreifen wollen.“³ Sein

¹ Zur Judenverfolgung ausführlich MICHAŁ GRYNBERG: *Żydzi w rejencji ciechanowskiej 1939-1942* [Juden im Regierungsbezirk Zichenau], Warszawa 1984. Diese Untersuchung ist im Literaturverzeichnis nicht aufgeführt.

² Vgl. PHILLIP T. RUTHERFORD: *Prelude to the Final Solution. The Nazi Program for Deporting Ethnic Poles, 1939-1941*, Lawrence 2007 (Modern War Studies).

³ Archiwum Akt Nowych (AAN), Warschau, Urzędy i instytucje Okręgu Galicja 119/4 Komendant Żandarmerii przy Dowódcy SS i Policji we Lwowie: akta osobowe żandarmów 1940-1944, Mf B 4645; Kopie: Bundesarchiv Berlin, Mf 56900.

vorgesetzter Kommandeur der Ordnungspolizei in Tarnopol unterstützte den Antrag, zumal Schart sich bei den bisherigen Deportationen rege beteiligt hatte.⁴

1945 tauchte Koch zunächst unter falschem Namen unter, doch konnte er schließlich gefasst und 1950 nach Polen ausgeliefert werden. 1958 wurde er dort vor Gericht gestellt und im Jahr darauf zum Tod verurteilt; das Urteil wurde in lebenslange Haft umgewandelt, die er im Gefängnis in Wartenburg/Barczewo absaß; Koch starb 1986.

Die gut lesbare sowie fast stets überzeugend argumentierende Studie stützt sich auf eine breite Quellenbasis, in erster Linie auf die Bestände des Bundesarchivs, aber auch auf Materialien in den zentralen Archiven in Kiew und in Warschau, wo M. u. a. die Akten des polnischen Gerichtsverfahrens ausgewertet hat. Sie vervollständigt unser Bild von Hitlers Paladinen in Ostmitteleuropa, nachdem von Albert Forster, Arthur Greiser und Hans Frank bereits Biografien vorgelegt wurden.

Marburg/Lahn

Klaus-Peter Friedrich

⁴ Ebenda, Bl. 37.

Per Brodersen: Die Stadt im Westen. Wie Königsberg Kaliningrad wurde. Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2008. 368 S., 30 Abb. (€ 39,90.)

Kaum eine Stadt symbolisiert sinnfälliger den großen historischen Bruch, den die Niederlage im Jahre 1945 für die Deutschen bedeutete, als Königsberg/Kaliningrad. Noch heute finden zahlreiche Debatten über Vertriebene und deren Schicksal in der bundesdeutschen Öffentlichkeit statt. Vor allem vor diesem Hintergrund beschreibt Per Brodersen in seiner Dissertationsschrift den tiefgreifenden Wandel, der Königsberg und Ostpreußen zwischen 1945 und 1971 in die sowjetische Stadt und Region Kaliningrad überführte.

Die neu formierten sowjetischen Behörden vor Ort und deren Moskauer Vorgesetzte seien dabei neben dem Wiederaufbau der Stadt vor allem um die schnelle Schaffung einer „kollektiven Identität“ unter der (vorläufig) verbliebenen deutschen Bevölkerung und den aus allen Teilen der Sowjetunion eintreffenden Ansiedlern bemüht gewesen. Vor dem Hintergrund der schrittweisen Ersetzung der deutschen Bevölkerung und der Entwicklung Kaliningrads zum westlichen Vorposten der UdSSR untersucht B. exemplarisch markante stadt- und regionalgeschichtliche Prozesse, die maßgeblichen Akteure, deren Strategien, institutionelle Grenzen und Konflikte sowie die damit einhergehenden virulenten Diskurse. Das Ergebnis ist eine Fallstudie zur Sowjetisierung und institutionellen Stabilisierung der Peripherie nach dem Zweiten Weltkrieg, die sich in zwei Themengebiete aufgliedert. Im ersten Teil analysiert der Vf. den mühevollen Aufbau sowjetischer Strukturen, während der zweite Abschnitt die (nachträgliche) Aufladung des Ortes Kaliningrad mit sowjetisch-russischen Mythen und Symbolen zum Gegenstand hat.

Noch Jahre nach Kriegsende habe auf dem neu entstandenen Gebiet Kaliningrad der Charakter eines Provisoriums gelastet. Offenbar hatten die Behörden zusätzlich Probleme bei der Rekrutierung und Ansiedlung zuverlässiger Kader. Aus der Moskauer Perspektive habe Kaliningrad vor allem eine militärisch-strategische Bedeutung gehabt, darüber hinaus habe jedoch „Rat- und Ideenlosigkeit“ (S. 35) bzw. sogar Desinteresse vorgeherrscht. Die wirtschaftliche und soziale Problemregion konnte der Moskauer Erwartungshaltung jedenfalls lange Zeit nicht genügen.

Auch die sowjetischen Ansiedler erfuhren rasch, dass die von der sowjetischen Propaganda verheißenen Verhältnisse nicht der tristen Realität entsprachen. Die Alltagserfahrungen der Ankommenden waren eher von schlechten Wohnverhältnissen, mangelhafter Versorgung, grassierender Kriminalität, miserablen Arbeitsbedingungen und Landflucht geprägt. Die heterogene Schar der Zuwanderer sei lange Zeit nicht heimisch geworden.